



Ryan Shaffer, Music, Youth and International Links in Post-War British Fascism. The Transformation of Extremism, Cham 2017 (Palgrave Macmillan), 351 S.

Während die extreme Rechte in Großbritannien an den Wahlen mit punktuellen Ausnahmen bis heute bedeutungslos blieb, nahm der jugend- und subkulturelle Rechts-Extremismus eine globale Vorreiterrolle ein. Die Anzahl und Qualität der wissenschaftlichen Veröffentlichungen steht dabei in einem diametralen Verhältnis zur jeweiligen Bedeutung der beiden Untersuchungsstränge. Ein Groß-

teil der entsprechenden Fachliteratur konzentriert sich auf Ideologie und Parteien der extremen Rechten. Nur wenige wissenschaftliche Publikationen widmen sich der Entstehung und Entwicklung der rechtsextremen Subkultur.¹ Einen beide Ebenen in ihren Wechselwirkungen erfassenden Ansatz ließ die Forschung bisher zugunsten von strikt getrennten Betrachtungen und Analysen vermissen. Ryan Shaffer untersucht erstmals umfassend und systematisch den wechselseitigen Einfluss von rechtsextremer Subkultur und Parteipolitik in Großbritannien. Die analytische Reflexion der Rolle der britischen extremen Rechten bei der Transnationalisierung der rechtsextremen Bewegung (Ideologie, Strukturen und Personen) steht im Zentrum des Werkes. In der Untersuchung soll der (vermeintliche) Widerspruch zwischen der Erfolglosigkeit der extremen Rechten bei Wahlen und der globalen Wirksamkeit der rechtsextremen (Jugend-)Subkultur, insbesondere ihrer Musik, aufgelöst werden.

Der Autor zeichnet die Entwicklung der extremen Rechten in Großbritannien von ihren Wurzeln bis in die Gegenwart chronologisch nach. In der Einleitung werden die zentralen Ziele und Gegenstände (nicht jedoch die Terminologie) der Untersuchung definiert und gegen die bereits geleistete Forschung abgegrenzt: „The objective of the research was to understand and trace the history of British extremism instead of focusing simply on individual or group beliefs“ (S. 12). In den folgenden sechs Kapiteln analysiert Shaffer die Entwicklung der parteiförmigen und subkulturellen extremen Rechten von 1967 bis 2016. Hierbei finden mit Oswald Mosley, dem Gründer der British Union of Fascists (BUF), die faschistischen Wurzeln der Bewegung Berücksichtigung. Der Autor greift auf Forschungsliteratur zurück, vor allem aber auf eine Vielzahl von eigens für dieses Buch geführten Interviews mit Szeneangehörigen und Parteikadern. Die Periodisierung der Kapitel orientiert sich an Wendepunkten der Entwicklung der beiden bedeutendsten rechtsextremen Parteien in Großbritannien nach 1945, der National Front (NF) und der British National Party (BNP). Die Analyse der

1 Vgl. Craig Fowlie, *The British Far Right Since 1967 – A Bibliographic Survey*. In: Nigel Copsey/Matthew Worley (Hg.), *Tomorrow Belongs to Me: British Far Right Since 1967*, London 2018, S. 224–267.

Rolle der (Jugend-)Subkultur der Skinheads und der Einfluss der rechtsextremen Musik („Rock Against Communism“ [RAC]/ „White Power Music“) auf die britische extreme Rechte erfolgt im zeitlichen Kontext der parteiförmigen Entwicklung. Shaffer benennt in den einzelnen Kapiteln präzise die Ursachen des Aufstiegs der subkulturellen extremen Rechten in Großbritannien, die sich häufig mit denen der anhaltenden elektoralen Schwäche der rechtsextremen Parteien decken.

Insgesamt gelingt es dem Autor, die Interdependenzen, Ungleichzeitigkeiten und Parallelen in der Entwicklung der parteiförmigen und subkulturellen Akteure innerhalb der extremen Rechten in Großbritannien klar herauszustellen. Als herausragende Repräsentanten werden Nick Griffin (ehemals führendes Mitglied der NF, später langjähriger Vorsitzender der BNP) und Ian Stuart Donaldson (Gründer der RAC-Pionierband „Skrewdriver“ und des „Blood & Honour“-Netzwerks) porträtiert, welche die wechselseitige Instrumentalisierung, Interaktion und Abgrenzung der beiden Gruppen präg(t)en. Aus der Außenperspektive arbeitet Shaffer die Unterschiede zur extremen Rechten in Kontinentaleuropa und den USA heraus, benennt dabei aber auch klar die verbindenden Elemente einer transnationalen Bewegung. Insgesamt habe die extreme Rechte im nationalen parlamentarischen Wettbewerb nie eine bedeutende Rolle gespielt, aber stattdessen die Transnationalisierung der extremen Rechten von Großbritannien aus initiiert und vorangetrieben. Während die subkulturelle und parteiförmige Zukunft national von starker Ungewissheit beziehungsweise absehbarer Bedeutungslosigkeit geprägt sei, könne insbesondere die subkulturelle Transnationalisierung und Stabilisierung der rechtsextremen Bewegung als Erfolg der britischen extremen Rechten bewertet werden: „While British fascism’s history has been seen as a failure [...], it has left behind a powerful social and international legacy. Neo-Nazi skinhead music circulated around the world, introducing new forms of old ideas to youth in directs ways“ (S. 334).

Der Erkenntnismehrwert der Studie gegenüber der bisher geleisteten Forschung² besteht zum einen in der Verschränkung der beiden Untersuchungsstränge, Subkultur und Parteien, ohne dabei die nötige Trennschärfe in Deskription, Analyse und Darstellung der Ergebnisse zu vernachlässigen. Zum anderen hebt sich das Werk durch die in der Feldforschung gewonnenen Daten und neuen Primärquellen ab, während ein Großteil der Forschung lediglich auf öffentlich zugängliche Primärquellen zurückgreift. Seine einzige Schwäche ist die fehlende Klärung der verwendeten Terminologie, auf die der Autor sogar selbst hinweist (S. 12). Statt dieses Problem mit den benötigten, weit gefassten Definitionen von „Faschismus“ und „Extremismus“ zu beheben, wird lediglich kurz auf die inhaltliche Vielfalt des Begriffs eingegangen, ohne zu einem klaren Ergebnis zu kommen. Darüber hinaus wäre es wünschenswert gewesen, die gewonnenen Erkenntnisse für eine induktive Herleitung eines Analyseinstruments für weitere Einzel- und Vergleichsstudien zu nutzen und die verwendeten Daten

2 Vgl. ebd.

öffentlich zugänglich zu machen. Insgesamt hat Ryan Shaffer mit diesem Buch aber eine gut lesbare, klar strukturierte und in den Details akribische Untersuchung der Interaktion der parteiförmigen und subkulturellen extremen Rechten in Großbritannien vorgelegt, die neue Quellen erschließt.

Maximilian Kreter, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden, 01062 Dresden.



Marcel Bois, Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung, Essen 2014 (Klartext Verlag), 613 S.

Den „Kommunismus“ als organisatorische Einheit hat es nie gegeben; selbst ein geschlossenes ideologisches System, sieht man von der allgemein akzeptierten Frage des Eigentums an Produktionsmitteln ab, existierte kaum. Tief waren auch die Differenzen zwischen der von einer hierarchisch geführten Kaderpartei exekutierten „Diktatur des Proletariats“ und einem auf allgemeinem Wahlrecht beruhenden basisdemokratisch organisierten Rätssystem. Zahllose Parteien und Fraktionen bekämpften sich, oft mit einer Vehemenz, die nicht einmal im Kampf gegen den „bürgerlichen“ Gegner aufgebracht wurde. Ab 1935 orientierten sich die in der Kommunistischen Internationale zusammengeschlossenen Parteien auf die Volksfrontpolitik, also im Grunde genommen auf Koalitionen mit bürgerlichen Parteien. Linke Kritiker sahen darin eine Aufgabe der sozialen Revolution und wurden deshalb mit allen Mitteln bekämpft. Vor diesem Hintergrund ist auch der Große Terror in der Sowjetunion vor allem der 1930er-Jahre zu verstehen.

Im März 1933 konnte der ehemalige Reichstagsabgeordnete der KPD, später führendes Mitglied der Linken Opposition und deutscher Verleger der Schriften Leo Trotzki, Anton Grylewicz, in die ČSR emigrieren. Am 13. Juli 1937 wurde er von der tschechischen Polizei verhaftet. Während des daran anschließenden Verhörs präsentierte man ihm den Inhalt eines Koffers, den er Monate zuvor im Hause eines Bekannten deponiert hatte. Darunter befanden sich für ihn völlig unbekannte Dokumente, teilweise geschrieben mit unsichtbarer Tinte, und das Filmnegativ eines deutschen Plans zur Besetzung des Sudetenlandes. Grylewicz bestritt entschieden, von diesen Dokumenten, die auf einen nationalsozialistischen Umsturz in der ČSR zielten, jemals gewusst zu haben. Am 22. Juli gab ihm ein freundlicher Untersuchungsrichter zu verstehen, dass ein sowjetischer Geheimdienst die ganze Geschichte inszeniert habe. Grylewicz hatte das Glück, dass die tschechische Polizei seinen Widerlegungen glaubte und er deshalb Mitte November entlassen wurde. Was er zu diesem Zeitpunkt nicht wusste: Sein Fall sollte in den Moskauer Prozessen eine Rolle spielen; das Zusammenspiel von

Trotzkisten und Nazis gegen die Tschechoslowakei sollte Zweifler von der Notwendigkeit dieser Prozesse überzeugen. Überliefert wurde der Hintergrund dieser Geschichte von dem sowjetischen Geheimdienstoffizier Walter Krivitsky, der ihm von Abram Sluzki, dem damaligen Leiter der Außenpolitischen Abteilung des NKWD und Initiator der Aktion gegen Grylewicz, erzählt wurde. Krivitsky hatte 1937 mit der Sowjetunion gebrochen und konnte vor seinem rätselhaften Tod 1941 in New York noch seine Erlebnisse veröffentlichen.

Der Rätekommunist Franz Pfemfert, auch er Verleger Leo Trotzki in Deutschland, und seine Frau Alexandra Ramm-Pfemfert, Übersetzerin z. B. der Autobiografie Trotzki ins Deutsche, konnten nach 1933 ebenfalls in die ČSR emigrieren. Beide versuchten dort, sich mit einem Fotoatelier eine neue Existenz aufzubauen. Ohnehin schon als „Trotzkist“ stigmatisiert, veröffentlichte Pfemfert Ende August 1936 einen offenen Brief, in dem er als Reaktion auf den ersten Moskauer Schauprozess im gleichen Monat bekannte Intellektuelle aufrief, einen Gegenprozess zu organisieren. Damit sollte Trotzki die Gelegenheit bekommen, auf die stalinistischen Verleumdungen zu reagieren. Die Antwort der Stalinisten ließ nicht lange auf sich warten. Schon wenige Tage später und in den darauffolgenden Wochen forderte die in Nordwestböhmen erscheinende deutschsprachige „Rote Fahne“ die tschechische Regierung auf, den „Trotzki-Freund und Gestapo-Agenten Franz Pfemfert“ aus der ČSR auszuweisen.

Diese beiden Beispiele sollen eine historische Situation illustrieren, in der sich Kommunisten befanden, die sich nicht so einfach in den großen, inzwischen gut erforschten und dokumentierten allgemeinen Gegensatz Kommunismus versus Nationalsozialismus einordnen lassen. Die oppositionellen Kommunisten und ihre Strömungen und Organisationen wurden, da sie parteigeschichtlich gesehen natürlich nie die Dimension erreichten wie z. B. die mächtigere KPD, immerhin nach der KPdSU die größte kommunistische Partei der Welt, lange Zeit eher stiefmütterlich behandelt oder gänzlich ignoriert. Dabei war ihre Geschichte auch immer die der KPD, denn die linke Opposition war fast ebenso alt wie die Partei selbst. Neben bekannten Oppositionellen und Zusammenschlüssen existierte eine große Zahl von nur temporär und lokal wirkenden Initiativen, die nun von Marcel Bois in seiner beeindruckenden Arbeit erstmals mit den Mitteln der Politik- und Sozialgeschichte zusammengefasst und dargestellt werden.

Für die Geschichte des deutschen Linkskommunismus scheint eine Konstante durchgehend zu sein: So wie der organisierte deutsche Kommunismus in Gestalt der Kommunistischen Partei auch ein Reflex auf die Russische Revolution war, so bestimmte auch das Verhältnis zur Partei der sowjetischen Kommunisten sowohl die Politik dieser Partei als auch die der innerparteilichen Opposition. Natürlich konnte Sowjetrußland lange vom Nimbus der siegreichen proletarischen Revolution profitieren, aber als die KPD trotz verschiedener Warnungen Mitglied der Kommunistischen Internationale wurde, war es um ihre Selbstständigkeit geschehen. Jedoch war dies nicht das einzige Problem. Bis zum Auslöschung jeder Opposition in der KPdSU waren die Differenzen zwischen den verfeindeten Fraktionen in der russischen Partei auch in die Komintern und damit in die einzelnen natio-

nalen kommunistischen Parteien getragen worden, was dort wieder das Entstehen unterschiedlicher Fraktionen bewirkte. Führte das schon zu erheblichen Komplikationen bei der Durchsetzung einer auf nationale Belange ausgerichteten Politik z. B. der KPD, so spitzte sich die Situation nach dem Sieg der Stalin-Fraktion in der KPdSU und im Verlauf der Stalinisierung der ausländischen kommunistischen Parteien extrem zu. Die Komintern war nunmehr, worauf Franz Borkenau schon früh hingewiesen hatte, zu einem Instrument der sowjetischen Außenpolitik geworden. Das hatten viele kritisch erkannt und auch dagegen opponiert, blieben aber in der Effizienz ihres Einsatzes, wie Bois betont, durch das nach wie vor wirkende Image des „ersten sozialistischen Staates“ (S. 86 ff.), durch die monetäre Abhängigkeit z. B. der KPD von der Sowjetunion und auch durch den Einfluss der sowjetischen Geheimdienste Minderheiten und waren oft zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Dazu kamen die nicht ausbleibenden Differenzen, Meinungsverschiedenheiten und mitunter offen ausgetragener Streit ebenso wie die Begleichung alter Rechnungen. Hatte z. B. die ehemalige KPD-Führung unter Ruth Fischer und Arkadi Maslow vehement die „Bolschewisierung“ der KPD betrieben, so wurden beide später, als sie aus der KPD ausgeschlossen worden waren, seitens der linken Oppositionellen bis in die Pariser Emigration mit Misstrauen überschüttet.

Ein Problem der linken Opposition war es wohl auch, dass es kein durchgehendes Paradigma gab. Dieser Satz bedarf einer Erklärung. Marcel Bois stimmt Otto Langels zu, der den Linksradikalismus in der kommunistischen Bewegung in Anlehnung an Lenin und Arthur Rosenberg als eine Strömung charakterisiert, „die die Aktualität der Revolution propagierte, Übergangsforderungen kommunistischer Parteipolitik weitgehend ablehnte und die Zusammenarbeit mit nicht-kommunistischen Organisationen nur als Einheitsfront an der Basis und nicht als Vereinbarung leitender Gremien gelten lassen wollte“.¹ Allerdings stimmt diese Definition nur bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Linke Opposition genau wie ihr „rechtes“ Pedant, die KPD(-Opposition), die Gefahr des Nationalsozialismus begriffen hatte und, ganz entgegen ihrer frühen Tradition, die Einheitsfront mit den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften forderte. Als die letzten Oppositionellen in der KPdSU, unter ihnen vor allem Sinowjew und Kamenew, vor Stalin kapitulierten, orientierten sich auch linke Oppositionelle in Deutschland (einige hatten das schon länger getan) zunehmend an Leo Trotzki, welcher der entschiedene Kritiker Stalins blieb. In seinen von Grylewicz verlegten Schriften analysierte Trotzki ausgehend von Marx die Entstehung von Faschismus und Nationalsozialismus und forderte energisch eine Abkehr des Kurses der KPD, die mit der Forderung nach „Sowjetdeutschland“ und der Fokussierung auf den „Sozialfaschismus“ der SPD im Begriff war, die deutsche Arbeiterbewegung in die Katastrophe zu führen. Trotzki's Warnungen und sein Beharren auf der Einheitsfront wurden bis hinein ins linksbürgerliche Lager mit Interesse wahrgenommen, nicht aber von der KPD, die noch bis 1935 unter völliger Verkennung der Realität an der Richtigkeit ihrer Politik festhielt. Dabei ist es interessant, worauf Bois auch

1 Otto Langels, Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1984, S. 2.

in einem Exkurs (S. 365 ff.) eingeht, dass Trotzki in seiner Faschismusanalyse zu ähnlichen Erkenntnissen gekommen war wie z. B. August Thalheimer von der KPD(O). Beide hielten den Faschismus nicht für eine „Schöpfung“ des Kapitals, sondern in Anlehnung an die von Karl Marx im „Bürgerkrieg in Frankreich“ entwickelte Bonapartismus-These für eine eigenständige Massenbewegung, die sich aus dem Kleinbürgertum und den Deklassierten aller Klassen und Schichten zusammensetzte, die aber dann vom Bürgertum unterstützt würde, weil nur sie, wie eben in der Form des Nationalsozialismus, das, wie Bois schreibt, „Potenzial hätte, die radikalisierte Arbeiterklasse zu zerschlagen“ (S. 367). Aber bei aller Gemeinsamkeit war es auch hier verhängnisvoll, dass die „feindlichen Brüder“ (S. 370) der linken und der „rechten“ Opposition wegen früherer Animositäten nicht zu einem gemeinsamen Handeln kamen.

Dieses Phänomen aber bestimmte auch schon die Effizienz der linken Opposition in der und zur KPD. War es 1928 mit dem „Leninbund“ gelungen, eine zunächst breite und über regionale Wirkungsbereiche hinaus agierende Organisation zu schaffen, so zerbrach diese unmittelbar danach wegen unversöhnlicher Differenzen hinsichtlich der Teilnahme an Wahlen in vier Richtungen. Ähnlich war es schon der Weddinger Opposition gegangen, die sich 1926 innerhalb der KPD organisiert hatte und überregionale Bedeutung gewann. Nachdem ein Großteil ihrer Mitglieder 1928 aus der KPD ausgeschlossen wurde, schloss sich die Mehrheit mit Teilen des Leninbundes und der kleinen Gruppe „Bolschewistische Einheit“ zusammen und bildete die „Vereinigte Linke Opposition“ (VLO) der KPD (Bolschewiki-Leninisten). So gesehen war die Weddinger Opposition die Gruppe mit der längsten Lebensdauer. Für die Hinwendung der VLO zu Trotzki könnte Heinrich Brandlers Bemerkung stehen, es habe sich um ein „winziges Boot mit riesigem Segel“² gehandelt. Denn Trotzki, der Schöpfer der Roten Armee und theoretisch versierter Politiker, besaß trotz der wahnwitzigen Diffamierungskampagnen der Stalinisten außerhalb der der Komintern angeschlossenen Parteien ein gewaltiges Ansehen. Trotzki selbst, zu Recht erbittert über die Ignoranz und die letztlich konterrevolutionäre Politik der Stalinisten, war ab Mitte 1933 nicht mehr der Meinung, dass eine linke Opposition innerhalb der Parteien der 3. Internationale von Nutzen sei. Die Aufgabe sei nun, eine neue Internationale zu schaffen. Die deutschen Anhänger Trotzkis verstanden sich deshalb seit Oktober 1933 nicht mehr als linke Oppositionelle in der KPD, sondern nannten sich von da ab Internationale Kommunisten Deutschlands (IKD).

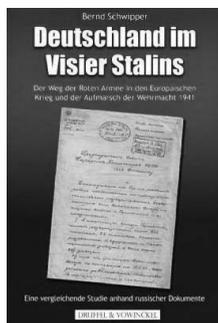
Obwohl Bois die Geschichte der linken Opposition eine „gescheiterte Alternative“ (S. 525 ff.) nennt, gräbt er mit erstaunlicher Gründlichkeit und Intensität die vielen fruchtbaren Ansätze, Theorien und Aktivitäten aus, deren Akzeptanz nach 1929 durch die parteikommunistische Mehrheit, aber auch durch die Sozialdemokratie, der deutschen Arbeiterbewegung möglicherweise die katastrophalen Folgen von 1933 erspart hätten. Der Kampf an zwei Fronten, den die linke Opposition zu jeder Zeit zum einen gegen den „Klassenfeind“ und zum anderen gegen

2 Zit. nach Isaac Deutscher, Trotzki, Band 3, Stuttgart 1972, S. 42.

die sowjetische Übermacht, zugespitzt noch nach der Stalinisierung der KPdSU und der KPD, führen musste, brachte natürlich auch Sektierertum, Grabenkämpfe und Ineffizienz mit sich. Jedoch hatte die radikale Linke durch ihren Revolutionspurismus und durch den innerparteilichen Demokratieabbau einen eigenen Anteil an ihrem Schicksal. Linksradikale Phasen der KPD zogen überdies oft die Isolation von den Arbeitern nach sich. Und doch muss man den Linksradikalen zugestehen, dass sie trotz ihrer teilweisen Rückorientierung auf Lenin und die frühen Bolschewiki immer auch von einem partiellen Antiautoritarismus geleitet wurden, der ihnen die Kritik am omnipotenten Sowjetstaat als Verrat am Marxismus erleichterte. In diesem Staat, dem alle Produktionsmittel gehörten und der wiederum selbst quasi das Eigentum einer übermächtigen Parteiführung war, wurde alles mit dem Attribut „sowjetisch“ versehen. Das Problem allerdings war, dass es Sowjets im eigentlichen Sinne und in der Qualität der Räte, entwickelt aus der Idee der Pariser Kommune, überhaupt nicht gab. Und es bleibt ohnehin die Frage, ob es bei der Mentalität und Bewusstseinslage der deutschen Arbeiterklasse und der Verfasstheit der deutschen Arbeiterbewegung ein Rätedeutschland überhaupt hätte geben können. Aber, und das ist das Faszinosum: Als Ende der 1920er-Jahre ein Wahlsieg der Nationalsozialisten in Deutschland immer wahrscheinlicher wurde, zogen die linken Oppositionellen die richtigen Schlüsse, verließen sektiererische Positionen und orientierten sich auf die Einheitsfront mit Sozialdemokraten und Gewerkschaften. Nach 1933 gelang es vielen linken Oppositionellen zu emigrieren, andere engagierten sich im großen Maße im Widerstand. Interessant ist die Feststellung von Marcel Bois, dass allein die IKD mit mehr Aktivisten gegen das Hitler-Regime gekämpft hatte als die Verschwörer des 20. Juli 1944 (S. 390). Aber auch das ist in der offiziellen Geschichtsschreibung ebenso wenig Gegenstand wie z. B. der Widerstand der SAP oder der KPD(O).

Marcel Bois' Arbeit ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Gesamtdarstellung der Politik der linken Opposition in der oder zu der KPD in der Weimarer Republik. Die Symbiose aus politikgeschichtlicher und sozialgeschichtlicher Analyse führt nicht nur zu einer gänzlich neuen Darstellung. Interessant ist auch der Nachweis, dass linke Alternativen und Kritiken der parteikommunistischen Politik in der Mehrheit nicht allein von den bekannten intellektuellen Führungsfiguren artikuliert und getragen wurden, sondern im gleichen Maße von Arbeitern und Angestellten, von Männern und Frauen. Außerordentlich wertvoll sind auch das Eingehen auf die internationalen Beziehungen, die Sozialstruktur der Linksoppositionellen, die Darstellung eines „Stammbaums“ der KPD-Linken und die Aufzählung der wichtigsten Organisationen der linken Opposition der KPD, der Oppositionspresse und Oppositionsliteratur. Das Buch wird, auch aufgrund seiner Materialfülle, für lange Zeit das Nachschlagewerk bleiben, das überdies noch spannend erzählt ist. Und um auf den Titel des Buches zurückzukommen: 15 deutsche Linksoppositionelle wurden Opfer des stalinistischen und 26 des nationalsozialistischen Terrors.

Werner Abel, Freiburger Str. 25, 09600 Kleinschirma.



Bernd Schwipper, Deutschland im Visier Stalins. Der Weg der Roten Armee in den Europäischen Krieg und der Aufmarsch der Wehrmacht. Eine vergleichende Studie anhand russischer Dokumente, 2. Auflage 2016 Gilching (Druffel & Vowinckel-Verlag), 552 S.

Seit Viktor Suworows Buch „Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül“ aus dem Jahr 1989 erlebt die zeitgeschichtliche Forschung über den Zweiten Weltkrieg in immer neuen Wellen die Diskussion über Vorfeld, Ursachen und Auslösung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer

1941. Nunmehr hat ein ehemaliger Generalmajor, Divisionskommandeur und promovierter Militärwissenschaftler der Nationalen Volksarmee der DDR einen weiteren, äußerst detaillierten Beitrag zu diesem Thema, das unter dem Schlagwort „Präventivkriegsthese“ populär geworden ist, vorgelegt. Die Positionierung des Autors in seiner zweifellos von eindrucksvoller Fleißarbeit – vorrangig an sowjetischen Dokumenten – zeugenden Studie ist so eindeutig wie unmissverständlich und richtet sich gegen das, was er an verschiedenen Stellen seines umfangreichen Textes als die „gesamte etablierte Geschichtsschreibung“ brandmarkt. So sei gleich zu Anfang das Fazit der Arbeit in des Autors eigenen Worten wiedergegeben: „Die gesamte Beurteilung des Gegners in den Operationsplänen des Generalstabs der Roten Armee entlarvt die Behauptung der etablierten Geschichtsschreibung von einer Überraschung durch den angeblichen plötzlichen und heimtückischen Überfall Deutschlands auf die UdSSR [...] als historische Lüge. Sollte es für die Rote Armee eine Überraschung gegeben haben, dann die, dass es der Wehrmacht gelang, der Roten Armee zuvorzukommen“ (S. 441).

Bei der Ermittlung der sowjetischen militärischen Absichten im zeitlichen Vorfeld des Kriegsbeginns konzentriert sich Schwipper vorrangig auf die Analyse jener vier durch russische Publikationen seit 1991 bekannt gewordenen Operationspläne des Moskauer Generalstabs vom Spätsommer 1940 (19. August und 18. September) und vom Frühjahr 1941 (11. März und 15. Mai). Eingerahmt wird dies durch zahllose Statistiken zum damaligen Mobilmachungssystem, zur Truppenstruktur und zu den Ausbildungsprinzipien der Sowjetarmee sowie zur materiellen und technischen Entwicklung ihrer Teilstreitkräfte, ergänzt um Angaben zur Rüstungsindustrie und Kriegsproduktion der Jahre 1940/41. Attestiert Schwipper der Roten Armee für die Jahre 1938/39 eindeutig einen politisch defensiven Auftrag, „sowohl im Westen als auch im [fernen] Osten zur Verteidigung der UdSSR bereit zu sein“ (S. 94), so habe das Jahr 1940 angesichts einer starken militärischen Bindung Deutschlands im Westen die Situation grundlegend geändert. Wir lesen: „Zu diesem Zeitpunkt absoluter Verteidigungsschwäche der Wehrmacht im Osten und der durch die erwartete Landung [in England] erwarteten weiteren Zersplitterung der Wehrmacht fasste Stalin am 4. Juli 1940 den Entschluss zum Beginn des Aufmarsches zur Fortsetzung seiner lokal begrenzten Kriege, zur Eroberung Ostpreußens“ (S. 522). Letzteres habe

zweifellos in der zwingenden Logik des Operationsplanes vom 19. August 1940 und dem darauf basierenden Truppenaufmarsch am nordwestlichen Abschnitt der neu gewonnenen Westgrenze gelegen. Bereits der Herbst des Jahres 1940 und die darauffolgenden Monate ändern die sowjetischen Offensivziele dann grundlegend. Dazu wieder der Autor im Originalton: „Wurde der Aufmarsch im Sommer 1940 mit dem Ziel der Inbesitznahme Ostpreußens und der Zerschlagung der im Osten stationierten Restteile der Wehrmacht begonnen, so war der im Frühjahr 1941 fortgesetzte Aufmarsch auf die Besetzung des Deutschen Reiches und die Zerschlagung der Wehrmacht gerichtet“ (S. 328). Die „Ursachen der ständigen Erweiterung der strategischen Zielsetzungen“ macht Schwipper in „offenbar ständig weiterreichenden politischen Zielen“ aus, die „von zunächst nur der Inbesitznahme Ostpreußens [...] bis zu Stößen in das Zentrum Deutschlands Berlin/Wien (Operationspläne vom 11. März und 15. Mai 1941) und damit zur Vernichtung des Deutschen Reiches reichten“ (S. 485). Zum politischen Hintergrund des Ganzen liefert er uns die Deutung: „Damit reiht sich diese in den Operationsplänen enthaltene Gegnerbenennung in die über Jahre mit Kontinuität nachweisbare antideutsche Haltung Stalins und der politischen Führung der Sowjetunion ein“ (S. 418). Zu Stalins Kalkulationen zum entscheidenden Zeitpunkt des Juni 1941 lesen wir schließlich bei Schwipper: „Erst nach der Landung beträchtlicher Wehrmachtsteile in England wäre die Lage für seine Offensive ‚günstig‘. [...] Stalins Krieg sollte etwa im Verlaufe der I. Dekade Juli 1941 beginnen und dafür“, so heißt es weiter, „wäre die Auslösung von Gefechtsalarm selbstverständlich zu früh gewesen. Auch hätte das Hitler ja doch noch provozieren können“ (S. 413).

Es bedarf wohl kaum der besonderen Erwähnung, dass all das, was Bernd Schwipper uns als Resultat seiner akribischen Detailanalysen präsentiert, deutlich dem widerspricht, was bis heute in der schon erwähnten „etablierten Geschichtsschreibung“ vorherrscht. Bei seiner einseitig auf die fachliche Sphäre der Generalstabstätigkeit konzentrierten Analyse setzt er offensichtlich Kriegsbereitschaft bzw. Kriegsführungsfähigkeit einer Armee oder eines Landes mit einem Kriegswillen gleich. Unter den Bedingungen des Primats der Politik, und wer wollte ein solches im Kontext einer Weltanschauungsdiktatur ähnlich wie im damaligen Deutschland ernsthaft bestreiten, liegt die Entscheidung über Krieg und Frieden eindeutig in den Händen der politischen Führung und spiegelt damit vielfältige Facetten einer Entscheidungsfindung wider, die eine Sicht aus einseitig operativer Perspektive verbietet. Eingangs seines Textes bekennt Schwipper bezeichnenderweise selber, er habe „angesichts der Kompliziertheit der Sachverhalte, der fast endlosen Fülle an politischen, wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Sachverhalten und Zusammenhängen jener Zeit nicht angestrebt, eine allseitige Darstellung der Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Krieges vorzunehmen“ (S. 18). Zweifellos hat er Recht mit dem sehr akribisch nachvollzogenen Aufweis, dass sich die Sowjetunion und ihre Streitkräfte in den Jahren 1940 und 1941 mittels großer materieller Anstrengungen um eine optimale Kriegsbereitschaft bemüht haben; ebenso wie mit seiner Einschätzung von

Stalins tief verfestigter Auffassung „dass Hitler einen Zweifrontenkrieg niemals führen werde“ (S. 313, 376).

An dieser Stelle seien einige grundsätzliche Bemerkungen im Hinblick auf des Sowjetdiktators militärpolitische Einschätzung der Situation seines Landes ab dem Herbst 1939 erlaubt. Zweifellos war Stalin der Überzeugung, dass, wenn, ähnlich wie 1914 geschehen, der gesamte europäische Kontinent in einem großen Krieg der Mächte versinkt, es eine naive Vorstellung wäre, ernstlich zu glauben, Russland könne sich diesem Krieg auf Dauer entziehen. In diesem Sinne äußerte er im Januar 1941 im Zusammenhang mit der Aufstellung mechanisierter Korps als Speerspitze einer künftigen motorisierten Kriegführung gegenüber seinem Generalstabschef Kirill Merezkow, „dass es uns nicht gelingen werde, uns bis 1943 aus dem Krieg herauszuhalten. Nicht ausgeschlossen sei jedoch, dass wir bis 1942 den Frieden erhalten könnten. Deshalb bedürfe die Aufstellung mechanisierter Korps noch der weiteren Erörterung.“¹ Merezkow veranschlagte zu diesem Zeitpunkt die Einsatzfähigkeit der von ihm geforderten noch bescheidenen Anzahl solcher Korps für das Frühjahr 1942; die von seinem Nachfolger Georgi Schukow geforderte doppelte Anzahl solcher Verbände ließe sich erst 1943 realisieren. Schwipper, der uns diese Aussagen verschweigt, bestätigt indirekt selbst jene Zeitvorgaben in seinem knappen Kapitel über „Die Umstellung der Rüstungsindustrie auf die Kriegsproduktion“ (S. 189–202) in Bezug auf die von ihm angeführten Produktionsquartalspläne für die beiden wichtigsten Panzer-typen sowie für den Flugzeug- und Flugzeugmotorenbau (bis Frühjahr 1942). Es kann im Urteil über die Stimmig- oder Unstimmigkeit der „Präventivkriegsthese“ nicht darum gehen, welche militärpolitischen Überlegungen Stalin auf mittlere oder längere Sicht im Hinblick auf die Rolle seines Landes im bereits laufenden „Zweiten Imperialistischen Krieg“ erwogen haben mag, sondern allein darum, was im Juni des Jahres 1941 militärisch konkret „in der Luft lag“. Dass seit Mitte der 1930er-Jahre die Rote Armee auf ein strategisch entscheidungsorientiertes und dabei die operative Offensive bevorzugendes Kriegsführungskonzept setzte, das allerdings noch nichts über den außenpolitischen Kontext und die Art der Kriegsauslösung aussagt, ist lang bekannt. Dies wird auch von Schwipper korrekt beschrieben, wenn er vom „nachrangigen Platz“ der Verteidigung spricht, „der ihr nach den Prinzipien der offensiven Militärdoktrin der UdSSR zugeordnet wurde“ und der gemäß „defensive Handlungen nur [als] eine zeitweilige Gefechtsart [galten], wenn das Kräfteverhältnis der Seiten eine Offensive nicht erlaubte“ (S. 513). In Bezug auf die Situation des Frühjahrs 1941 hieß das, dass den militärischen Planern operativ offensive Aktionen dort (und nur dort!) geboten erschienen, wo gemäß eigener Einschätzung der gegnerische Aufmarsch sein größtes und gefährlichstes Ausmaß offenbarte, das heißt an der südwestlichen Front; mit anderen Worten, gegenüber der Ukraine, die Stalin aus seiner Perspektive (Erinnerung an den Brester Frieden von 1918) im Zentrum der deutschen geostrategischen

1 K. A. Merezkow, *Im Dienste des Volkes*, Berlin (Ost) 1972, S. 180.

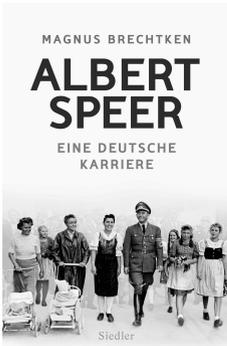
Interessen verortete. Die erste Aufgabe eines Generalstabs, gleichgültig welchen Landes und politischen Systems, besteht nun einmal darin, für den Fall eines mit den Mitteln der Politik nicht mehr vermeidbaren Krieges, die eigenen Streitkräfte gemäß den für sie (schon seit Langem) geltenden Kriegsführungsprinzipien optimal einzustellen und ihre operative Planung danach auszurichten, wobei – dies sei nochmals wiederholt – die auf der politischen Entscheidungsebene angesiedelte Frage des Kriegswillens davon unabhängig ist (als ein Beispiel unserer Tage sei etwa auf Israel und dessen Militärdoktrin verwiesen).

Nunmehr zur operativen Seite, dem eigentlichen Schwerpunkt des ganzen Textes: Schwipper deutet die wehrhoheitliche Inbesitznahme der neuen, ehemals polnischen, baltischen oder rumänischen Grenzregionen und deren militärfrastrukturellen Ausbau als Offensivaufmarsch mit strategischer Angriffsabsicht Richtung Zentraleuropa. Mindestens verwunderlich wirkt diesbezüglich seine Zeichnung der politischen und strategischen Gesamtlage des Sommers 1940, wenn er Moskau zu jenem Zeitpunkt eine Angriffsabsicht zur Eroberung Ostpreußens (einschließlich Danzigs) im Rahmen „lokaler Feldzüge“, vergleichbar der Besetzung der baltischen Staaten, Bessarabiens oder der Nordbukowina, attestiert, so, als handle es sich dabei um ein kleines quasi isoliertes „Ländchen“, dessen Eroberung sich militärisch lokal begrenzen ließe. Der Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu diesem Zeitpunkt, das gerade gesponnene enge Vertragsgeflecht zwischen beiden Partnern mit den großen strategisch bedeutsamen Wirtschaftsabkommen als dessen Kern ignoriert Schwipper erklärtermaßen vollkommen. Im besonderen Maße auffallen muss, dass der Autor, so akribisch er ansonsten sowjetrussische Quellen militärischer Provenienz durchforstet, einen für sein Thema zentralen Quellenkorpus völlig ignoriert. Es handelt sich dabei um die vom Moskauer „Voenno-istoriceskij zurnal“ in insgesamt fünf Ausgaben zwischen Februar und Juni 1996 auf über 60 Seiten unter der Überschrift „Ende einer globalen Lüge“ (Konec global’noj lzi) veröffentlichten und auf Anforderung des Moskauer Generalstabs Anfang Juni 1941 erarbeiteten Grenzschutz- und Deckungspläne der fünf westlichen Militärbezirke der UdSSR. Unabhängig von der Detailanalyse dieser Dokumente und ihres interpretatorischen Spielraums wäre ein Eingehen auf diese von den jeweiligen Bezirksbefehlshabern vor Ort und ihren Stäben erstellten Aufmarsch- und Dislozierungspläne das mindeste, was man von einer ansonsten so militärisch-detailverliebten Studie wie der Schwippers verlangen müsste. So drängt sich der Verdacht auf, der Autor habe hier (in voller Kenntnis?) dem Leser wichtige Quellenzeugnisse verschwiegen, wofür auch sprechen mag, dass er offenbar auch für ihn nicht ignorierbare Indizien für Defensivdispositionen der Roten Armee in den westlichen Grenzgebieten als Ausdruck einer vom Moskauer Generalstab hastig kreierte „Doppelstrategie“ präsentiert. Diese sollte durch begleitende Verteidigungsvorkehrungen in den letzten Wochen den lange geplanten Angriff vor überraschenden deutschen Reaktionen absichern. Gleichwohl wurden, wie Schwipper schreibt, selbst in der letzten Phase die sowjetischen „Gegnerbeurteilungen nicht in Erwartung eines wirklichen Angriffs der Wehrmacht angefertigt“ (S. 501). Nicht

nur an dieser Stelle versucht der Autor mit widersprüchlichen Kombinationen selbst offenkundige strategische Defensivdispositionen noch in sein Paradigma vom unbedingten sowjetischen Kriegs- und Angriffswillen des Sommers 1941 einzubetten und dem Leser plausibel zu machen. Demselben Zweck dienen auch Spekulationen aus einer dubiosen russischen Quelle (Igor Bunitsch) über einen ominösen „Vorbefehl“ an die Rote Armee vom 11. Juni 1941 (S. 373 ff.), der „Stalin und seinen engsten Kreis schwer belastet“ (S. 394) und einen angeblichen, höchst vertraulichen Brief Hitlers an Stalin vom 14. Mai des Jahres über seine bevorstehenden Kriegsabsichten gegen England, offenbar im Zusammenhang mit dem gerade weltweit bekanntgewordenen Heiß-Flug stehend. Entgegen Schwippers einseitigen Behauptungen bleibt am Ende dem Rezensenten nur das zu wiederholen, was der Glasgower Historiker Evan Mawdsley 2005 in seiner umfangreichen Studie zum deutsch-sowjetischen Krieg über das militärische Dilemma der sowjetischen Führungselite im Sommers 1941 und die nachfolgenden katastrophalen Niederlagen geurteilt hat: „They believed they had a means of dealing with the German threat, through a counter-offensive or even a pre-emptive attack. What existed by June, however, was a half-baked Red Army strategy for offensive actions by Soviet mechanized formations [...] The USSR could not simultaneously prepare a defence in depth and an offensive spearhead; in the end, it had neither.“²

Manfred Zeidler, Böttgerstr. 2, 60389 Frankfurt a. M.

2 Evan Mawdsley, *Thunder in the East. The Nazi-Soviet War 1941-1945*, London 2005, S. 41. Man vergleiche dazu die bemerkenswerten Ausführungen in dem sowjetischen Standardwerk: *Die Streitkräfte der UdSSR. Abriß ihrer Entwicklung von 1918 bis 1968*, dt. Übers. Berlin (Ost) 1974, S. 327, wo es heißt: „Am Abend des 22. Juni [1941] erließ das Oberkommando eine Direktive, in der von den Fronten gefordert wurde, am Morgen des 23. Juni zum entschlossenen Angriff in den Hauptstoßrichtungen des Gegners überzugehen, seine Gruppierungen bei Suwalki [Ostpreußen] und Lublin [Polen] einzukreisen und zu vernichten und bis zum Abend des 24. Juni die Räume Suwalki und Lublin einzunehmen. [...] Die Idee eines Antwortschlages und der Verlagerung der Kampfhandlungen auf das Territorium des Gegners entsprach bereits nicht mehr der entstandenen Lage. Der Gang der Ereignisse zwang die sowjetischen Streitkräfte, an der gesamten Front zur strategischen Verteidigung überzugehen.“ Damit war damals, zu Beginn der 1970er-Jahre, von offizieller militärhistorischer Seite schon klar zum Ausdruck gebracht, dass es nicht der deutsche Angriff vom Morgen des 22. Juni war, der die Rote Armee in die strategische Defensive zwang, sondern die Entwicklung der operativen Lage gut eine Woche danach, das heißt um den 30. Juni 1941. Vgl. dazu die Kriegserinnerungen des damaligen Chefs der Operationsabteilung des Generalstabs der Südwestfront, des späteren Marschalls Bagramjan. Ivan Bagramjan, *So begann der Krieg*, deutsche Übersetzung des russischen Originals von 1971, Berlin (Ost) 1979, S. 174. Auf S. 178f.: „Wir hatten vor dem Krieg - warum soll man diesen Fehler verschweigen - hauptsächlich gelernt anzugreifen. [...] Jetzt, in der zweiten Kriegswoche, mussten wir die schwerste Kunst, die Kunst des Rückzugs, ganz von vorn erlernen.“



Magnus Brechtken, Albert Speer. Eine deutsche Karriere, Berlin 2017 (Siedler), 912 S.

Es geht um Albert Speer. Und es geht nicht um Albert Speer. Es geht um Wolf Jobst Siedler und Joachim Fest, die Erfinder und Gralshüter der „Marke Speer“ (S. 571). Ihr verdanken beide zum guten Teil ihre weiteren Karrieren – der eine als Verleger, der andere als Historiker und Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Und es geht um die geschichtspolitische Landschaft der alten Bundesrepublik der 1970er-Jahre.

In dieser spielten die Zeitgenossen des Dritten Reiches noch eine gewichtige Rolle. Und dem bürgerlichen Teil dieser „Ehemaligen“ bot Speers rückschauende Selbstinszenierung ein exkulpatorisches Narrativ: Waren sie selbst nicht wie auch er engagierte Fachexperten gewesen, die sich als solche „irgendwie“ in die braunen Machenschaften verstrickt hatten? Und konnten sie nicht wie er erst nach Kriegsende erkennen, mit wem sie sich da eingelassen hatten?

Andere „Ehemalige“ wiederum – und nicht selten solche, die Speer in den Jahren zwischen 1933 und 1945 näher gekannt hatten – zeigten sich von dessen jetzt an den Tag gelegter Wandlung konsterniert. Gerade sie übten an den nicht wenigen Ungereimtheiten in seinen „Erinnerungen“ Kritik. Freilich zumeist hinter vorgehaltener Hand. So erinnert sich der Rezensent etwa an ein persönliches Gespräch mit solch einem „Ehemaligen“ über Speers angeblichen Giftgas-Attentatsplan auf den „Führerbunker“ im April 1945: „Im alles entscheidenden Moment fehlt dem Herrn Reichsminister für Rüstungs- und Kriegsproduktion eine Leiter“, bemerkte mein Gesprächspartner damals.

Aber auch Joachim Fest war von dieser Kritik mit betroffen. Schließlich hatte er als „Formulierungshelfer“ bekanntermaßen einen nicht zu unterschätzenden Anteil am Zustandekommen von Speers „Erinnerungen“ sowie später auch von dessen „Spandauer Tagebuch“. Und dann veröffentlichte Fest 1973 seine fulminante Hitler-Biografie. „Erst schneidet er sich den Speer zurecht, wie er ihn haben will – und dann nutzt er diesen selbstgeschaffenen Speer als zentrale Quelle für seine Hitler-Biografie.“ Das war die Quintessenz dessen, was diese Gruppe der „Ehemaligen“ Fest vorhielt.

Insgesamt aber blieb Albert Speer in seiner Rolle als „reumütiger Ex-Nazi“, der gleichsam unschuldig schuldig geworden war, sich aber immerhin zu einer Gesamtverantwortung für das Geschehene bekannte, bis zu seinem Tode 1981 Persona gratissima der veröffentlichten Meinung zum Thema NS-Vergangenheit.

All diese Zusammenhänge werden auch vom Münchener Historiker Magnus Brechtken in seiner hier zu besprechenden Speer-Biografie thematisiert. Einerseits bündelt Brechtken dabei die Ergebnisse einer inzwischen umfänglichen Detailforschung. Andererseits bringt er aber durchaus eigene Forschungsleistungen ein.

Brechtken zeichnet das Bild eines ehrgeizigen Karrieristen, getrieben von der Gier nach Macht und persönlicher Bereicherung; eines durchsetzungsstarken und

skrupellosen Managers, der sich zunehmend als überragender Selbstdarstellungskünstler, als ausgesprochenes Public-Relations-Großtalent erwies. In der sozialdarwinistischen Grundüberzeugung, es werde sich stets der Tüchtigste, der Beste durchsetzen, bestand eine erhebliche Schnittmenge mit dem Nationalsozialismus.

Speer suchte gewandt die Nähe zur Macht. Zumal er sich als Architekt in den 1930er-Jahren wohl auch angesichts der Ressourcenknappheit des Dritten Reiches von der Stahlbauweise ab- und der Steinbauweise zuwandte, arbeitete er schon früh eng und einvernehmlich mit dem Konzentrationslagersystem der SS zusammen. Von daher erklärt sich auch, dass viele der Konzentrationslager aus der Zeit vor 1939 in der Nähe von Steinbrüchen lagen.

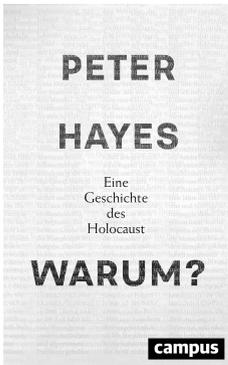
Speer war skrupelloser Arisierungsgewinnler und forcierte im Zusammenhang mit seinen Um- bzw. Neubauplänen für Berlin die „Entjudung“ Berliner Privatwohnungen. Die Architektenstäbe für den Neubau der von ihm betreuten deutschen Großstädte konnte er im Kern bis Kriegsende zusammenhalten. Nicht wenige der erfolgreich in die Nachkriegszeit startenden deutschen Architekten verdankten ihm daher ihre Karrieren. Dieses *old boys network* nahm sich während seiner Spandauer Haft unter anderem auch seiner Familie an.

Neben der persönlichen Nähe waren es augenscheinlich Speers unter Beweis gestellte außergewöhnliche Managerfähigkeiten, die Hitler dazu bewogen, ihn Anfang 1942 als Nachfolger des tödlich verunglückten Dr. Todt zum Rüstungsminister zu ernennen. Und Speer unternahm in den Folgejahren alles nur irgend in seiner Macht Stehende, um den Krieg doch noch zu einem für Deutschland erfolgreichen Ende zu bringen. Auch dabei erwies er sich als überaus virtuoser PR-Stratege, dessen Zahlenklaubereien weder für die Zeitgenossen noch für die Nachgeborenen durchschaubar waren bzw. sind. Allerdings gibt es Anlass für die Vermutung, dass das von Speer beschworene „Rüstungswunder“ zumindest zum Teil mehr Schein als Sein war.

Speer war wie etwa auch Joseph Goebbels ein engagierter Verfechter der Idee des totalen Krieges. Daher forcierte er die rückhaltlose Erschließung des Arbeitskräftepotenzials der deutsch besetzten Gebiete. Die Lebensbedingungen dieser Zwangsarbeiter interessierten ihn nicht. Dass es Speer gelang, die Verantwortung hierfür zugleich nach oben (auf Hitler) als auch nach unten (auf Sauckel) abzuwälzen, hat ihm wohl in Nürnberg das Todesurteil erspart.

Alles in allem legt Brechtken die umfassendste und zugleich auch tiefenschärfste Dekonstruktion des „Mythos Speer“ vor, die es bis heute gibt. Das ist eine imponierende wissenschaftliche Leistung. Ob Albert Speers Wandlung nach 1945 glaubwürdig ist oder ob es sich dabei nur um eine auf die neuen Rahmenbedingungen abgestimmte Fortschreibung von dessen Erfolgs- und Bereicherungsstrategie handelt, kann freilich auch Brechtken nicht abschließend klären. Die von ihm ausgebreiteten Indizien sprechen in ihrer Summe freilich eher gegen eine glaubwürdige Wandlung.

Enrico Syring, Ferdinand-Wallbrecht-Str. 80, 30163 Hannover.



Peter Hayes, Warum? Eine Geschichte des Holocaust. Frankfurt a. M. 2017 (Campus Verlag), 445 S.

Spätestens mit Elie Wiesels Besprechung der amerikanischen Serie „Holocaust“ hat in Teilen der Geschichtsschreibung die Idee Fuß gefasst, bei der Vernichtung des europäischen Judentums habe es sich um einen Vorgang gehandelt, der sich dem üblichen Verständnis entzieht, der unerklärbar und gleichsam außerhalb der Geschichte angesiedelt ist. Elie Wiesel schrieb: „Auschwitz kann nicht erklärt und auch nicht visualisiert werden. [...], der Holocaust transzendiert die Geschichte. [...] Der Holocaust

[ist] das ultimative Ereignis, das ultimative Mysterium, das nie verstanden oder mitgeteilt werden kann.“¹

Diese Deutung, für die bereits Hannah Arendt die entscheidenden Stichworte geliefert hatte,² löst das Gesamtereignis „Auschwitz“ aus der Kette der geschichtlichen Ereignisse heraus, verwandelt es in ein außerweltliches Mysterium und verleiht ihm damit einen autochthonen, singulären Status. Indem die unter dem Stichwort „Auschwitz“ subsumierten Ereignisse in ein Reich des angeblich Unverstehbaren entrückt werden, umgibt man sie zugleich mit einem Nimbus des rational Unfassbaren, ja des Irrationalen. In Deutschland hat die Unverstehbarkeitsthese vor allem Dan Diner vertreten. Er hält die Vernichtung der Juden für ein Ereignis, „das sich konventionellem Verstehen entzieht“.³ Ähnlich dachte Dolf Sternberger.⁴

Tatsächlich jedoch ist dieser Akt der Mystifizierung gänzlich unbegründet. „Auschwitz“ ist das Produkt menschlichen Handelns, und es ist nicht einzusehen, warum sich dieser Ereigniskomplex als gänzlich unverstehbar oder selbst als weniger verstehbar als andere Großverbrechen erweisen sollte. Yehuda Bauer hat dazu bereits das Nötige gesagt.⁵

Eine ähnliche Sicht der Dinge teilt Peter Hayes, emeritierter Professor für Geschichte und Deutsch sowie für Holocaust Studies an der Northwestern University in den USA. Sein Werk „Warum? Eine Geschichte des Holocaust“ beruht auf der Überzeugung, „dass sich der Holocaust genau wie jede andere menschliche Erfahrung erklären lässt“ (S. 10) und die, „alternativ zum Nachvollzug, wie

- 1 Elie Wiesel, „The Trivializing of the Holocaust“. In: The New York Times vom 16.4.1978, S. 75.
- 2 Vgl. Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1991, S. 679.
- 3 Dan Diner, *Aufklärung nach Auschwitz*. In: Jörn Rüsen/Eberhard Lämmert/Peter Glotz (Hg.), *Die Zukunft der Aufklärung*. Frankfurt a. M. 1988, S. 12–18, hier 14.
- 4 Dolf Sternberger, *Unzusammenhängende Notizen über Geschichte*. In: *Merkur*, 41 (1987) 9/10, S. 733–748, hier 737, 739.
- 5 Yehuda Bauer, *Die dunkle Seite der Geschichte. Die Shoah in historischer Sicht. Interpretationen und Re-Interpretationen*, Frankfurt a. M. 2001, S. 33 ff.

und warum der Holocaust passiert ist“, eine „Kapitulation vor der Annahme“ wäre, „dass allein Schicksal, göttliche Vorsehung oder schierer Zufall im Leben regieren“ (S. 366).

Auf der Grundlage dieser methodologischen (und für einen Wissenschaftler nachgerade zwingenden) Vorentscheidung widmet sich Hayes acht zentralen Fragen, die sich um ein Verständnis bemühen, „warum und wie sich das Massaker an den europäischen Juden entfaltete“ (S. 12). Im Unterschied zur üblichen historiografischen Vorgehensweise, die Geschichte zu erzählen, möchte Hayes Geschichte erklären. In vorbildlicher Weise folgt er dabei seinem eigenen Motto, den Holocaust „gewissenhaft und nüchtern“ zu studieren, „mit einer Mischung aus Präzision und Gefühl und ohne Sentimentalität oder Verklärung“ (S. 365).

In acht Kapiteln werden folgende Fragen erörtert: Warum sich die mörderischen Absichten gegen die Juden richteten, warum sie sich gerade in Deutschland Bahn brachen, warum der Angriff auf die Juden letztlich im Versuch ihrer kollektiven Vernichtung gipfelte, warum die Vernichtung so schnell und so radikal erfolgte, warum nicht mehr Opfer Gegenwehr leisteten, warum die Überlebensraten in den Heimatländern so unterschiedlich waren und warum die Juden so wenig Hilfe von außen erhielten. All diese Fragen werden ausführlich und nachvollziehbar beantwortet. Das achte und letzte Kapitel beschäftigt sich mit dem Erbe, welches der Holocaust hinterlassen, sowie mit den Lehren, die zu ziehen er aufgeben hat.

Ziel des Buches ist es, mit einer Reihe von verbreiteten Mythen und Irrtümer über den Holocaust aufzuräumen (vgl. S. 367 ff.). Einige Beispiele seien genannt: Indem der Autor die tatsächlichen Voraussetzungen für Hitlers Aufstieg untersucht, wendet er sich gegen die unzutreffende Behauptung, es sei der verbreitete Antisemitismus gewesen, der Hitler an die Macht brachte (vgl. S. 367). Wenn er ausländische Firmen, die der Kollaboration mit Hitler-Deutschland beschuldigt werden, gegen allzu einfache Vorwürfe in Schutz nimmt (S. 131) oder wenn er darauf hinweist, dass die treibende Kraft hinter dem System der Sklavenarbeit nicht die Gier der privaten Unternehmen, sondern der NS-Staat war (S. 194 f.), versucht er zu wirklichkeitsnäheren Urteilen zu gelangen. Was die Frage anlangt, wie zu erklären ist, dass sich Zehntausende Menschen direkt und Hunderttausende indirekt an den Morden des NS-Regimes beteiligen konnten, folgt Hayes keiner der beiden Denkschulen – weder der volitionalen Schule, die von einem bewussten, zielgerichteten Handeln ausgeht, noch der situativen Schule, die das Handeln als eine Reaktion auf die unmittelbare Situation begreift (vgl. S. 160), sondern präferiert einen synthetischen Standpunkt.

Detailliert widerlegt der Autor den Mythos, der Holocaust hätte Ressourcen in einem Ausmaß gebunden, dass dadurch die deutschen Kriegsanstrengungen signifikant geschwächt worden wären (vgl. S. 369). Tatsächlich, so Hayes, schickte Deutschland 1941 pro Tag mehr Züge (2 500) in die Sowjetunion als während des gesamten Holocaust für den Transport von Juden in die Lager eingesetzt wurden (2 000). Der Anteil an Eisenbahnmaterial und menschlicher Arbeitskraft, der in den 33 Monaten von 1942 bis 1944 für die Deportation von etwa

3 Millionen Menschen in die Lager aufgewendet wurde, war sowohl auf die ganze Zeit gesehen als auch zu jedem Zeitpunkt sehr gering (vgl. S. 157 f.), wobei zu bedenken ist, dass damit zum Teil auch zukünftige Zwangsarbeiter transportiert wurden. Hayes wendet sich damit ausdrücklich gegen die Argumentation Yaron Pashers, der in seinem Buch „Holocaust versus Wehrmacht“ (2015), den Nachweis zu erbringen suchte, dass vier entscheidende militärische Niederlagen Deutschlands durch einen deportationsbedingten mangelnden Nachschub an die Front vorprogrammiert waren.

Indem er die Handlungsmöglichkeiten der Juden realistisch einzuschätzen versucht und die von der jüdischen Gemeinde ergriffenen Maßnahmen zur Selbsthilfe beschreibt, bezweifelt er die Legende, die deutschen Juden hätten die Verfolgung passiv oder ungläubig hingenommen (vgl. S. 126 f.). Er wendet sich damit zugleich gegen die Vorwürfe von Raul Hilberg und Hannah Arendt, die Juden hätten praktisch keinen Widerstand geleistet (der nur als bewaffneter Widerstand hätte wirksam sein können) und sie hätten mit ihrer Strategie, in Gestalt der Judenräte und der jüdischen Ghetto-Polizei mit dem NS-Regime zu kooperieren, die Dinge nur schlimmer gemacht (vgl. S. 202 f.). Hayes hält es auch in diesem Punkt mit Yehuda Bauer, der den Fokus nicht nur auf den bewaffneten Widerstand richtet, sondern, wenn auch mit einer zum Teil überdehnten Widerstandsdefinition, andere Formen der Gegenwehr in die Betrachtung einbezieht. Zudem analysiert er die Methoden der Nationalsozialisten, jeden organisierten Widerstand im Keim zu ersticken (vgl. S. 212–218), und zeigt, dass unterschiedliche Überlebensstrategien, unterschiedliche Mischungen von Gehorsam und Auflehnung, letztlich dieselben (desaströsen) Ergebnisse zeitigten (vgl. S. 219). Auch ohne jede Mystifizierung des Holocaust gelingt es dem Autor, das im Vergleich zu allen anderen Opfergruppen Exzeptionelle des jüdischen Martyriums herauszuarbeiten.

Die „Essenz“ seines Buches sieht Hayes in der Lehre: „Wehret den Anfängen!“ (S. 384) Wie schwierig es aber ist, diese Lehre zu befolgen, zeigt sich schon darin, dass es selbst den deutschen Juden unmöglich war, „vorauszusehen, was kam, zumal dazu Verhaltensweisen zählten, die es in einem zivilisierten Land noch nicht gegeben hatte“ (S. 123). Aber wie dem auch sei: Unter den 16 000 Büchern, die die Library of Congress unter dem Stichwort „Holocaust“ auflistet (vgl. S. 9), dürfte das Buch von Peter Hayes zu den empfehlenswerten gehören.

Lothar Fritze, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden, 01062 Dresden.